

Institut für Weltwirtschaft (Kiel) (Ed.)

Working Paper — Digitized Version

Zehn Jahre Strukturberichterstattung des Instituts für Weltwirtschaft: Eine Bilanz

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 137

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Institut für Weltwirtschaft (Kiel) (Ed.) (1988) : Zehn Jahre Strukturberichterstattung des Instituts für Weltwirtschaft: Eine Bilanz, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 137, ISBN 3925357521, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48013>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

137

Zehn Jahre Strukturberichterstattung des Instituts für Weltwirtschaft - Eine Bilanz

Ag 849/88
Weltwirtschaft
Kiel

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL · JANUAR 1988

ISSN 0455-0420

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
Damals und heute: Die deutsche Wirtschaft unter Anpassungsdruck	5
Anforderungen an die empirische Strukturanalyse	8
Zur Drei-Sektoren-Hypothese	9
Ungelöste Strukturprobleme trotz Konjunkturaufschwung	11
Über das Beschäftigungsproblem	14
Andere Problemfelder	17
Andere Meinungen	19
Ausblick	20
Anhang: Forschungsarbeiten des Instituts für Weltwirtschaft im Rahmen der Strukturberichterstattung in chronologischer Reihenfolge	22
Literaturverzeichnis	25

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Institut für Weltwirtschaft <Kiel>:

Zehn Jahre Strukturberichterstattung des Instituts für
Weltwirtschaft - eine Bilanz / Inst. für Weltwirtschaft, Kiel. -

Kiel: Inst. für Weltwirtschaft, 1988

(Kieler Diskussionsbeiträge; 137)

ISBN 3-925357-52-1

NE: HST; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht

gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

VORWORT

Seit dem Jahre 1978 führt das Institut für Weltwirtschaft im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft periodisch "Analysen der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft" durch (Strukturberichterstattung). Das Forschungsprojekt wird im Wettbewerb mit den anderen vier großen Wirtschaftsforschungsinstituten bearbeitet.

Bislang haben drei Berichtsrunden stattgefunden (1978-1980, 1981-1983 und 1984-1987). Das Institut hat untersucht, welche Wechselwirkungen zwischen Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung bestehen, wie die Unternehmen, Branchen und Regionen die Anpassung an die raschen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und an die stürmische technologische Entwicklung betreiben und welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von staatlichen Interventionen ausgehen, insbesondere von der Außenwirtschaftspolitik, von der Subventionspolitik und von der Politik der Marktregulierungen. Stets wurden die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen offengelegt und Therapievorschläge gemacht, die für bessere langfristige Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft sorgen und den Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb stärken könnten.

Das Institut für Weltwirtschaft hat seine Arbeiten aus der Strukturberichterstattung größtenteils veröffentlicht (vgl. Anhang). Im Dritten Strukturbericht, der im Oktober 1987 dem Bundeswirtschaftsministerium vorgelegt wurde und der nunmehr veröffentlicht wird [Donges, Juergen B., Klaus-Dieter Schmidt et al., Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung - Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau. Kieler Studien, 216, Tübingen 1988], hat das Institut Bilanz aus der zehnjährigen Strukturberichterstattung gezogen. Um es einer möglichst breiten Offentlichkeit zu ermöglichen, sich selbst ein Urteil zu bilden, wird diese Bilanz in diesem Heft der Kieler Diskussionsbeiträge in leicht überarbeiteter Form nochmals abgedruckt.

ZEHN JAHRE STRUKTURBERICHTERSTATTUNG DES INSTITUTS FÜR WELT- WIRTSCHAFT - EINE BILANZ

Damals und heute: Die deutsche Wirtschaft unter Anpassungsdruck

1. Der Dritte Strukturbericht des Instituts für Weltwirtschaft zeigt, daß die deutsche Wirtschaft strukturell (immer noch) nicht in guter Kondition ist [Donges, Schmidt et al., 1988]. Weder hat sie zu einem angemessenen Wachstum zurückgefunden, noch werden die Chancen für neue Arbeitsplätze voll genutzt. Daß die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharret - trotz Konjunkturaufschwungs, trotz Arbeitszeitverkürzung und anderer Regelungen, mit denen der Staat das Arbeitskräfteangebot künstlich verringert hat, trotz vielfältiger Umschulungsprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen -, macht deutlich, wie schleppend der Strukturwandel ist. An zu vielen Stellen kollidiert die Notwendigkeit zur Anpassung an sich verändernde gesamtwirtschaftliche Daten mit mannigfachen Beharrungstendenzen. Noch immer ist für strukturschwache Unternehmen die Versuchung groß, durch Schrumpfen ihre Position zu konsolidieren und dabei die Chancen für Produktinnovationen, aus denen neue Dynamik erwachsen kann, geringzuschätzen; noch immer setzen sowohl große Interessengruppen mit Marktmacht als auch der Staat durch überzogene Regulierungen, Subventionen und Handelsbarrieren die Lenkungsfunction des Preismechanismus außer Kraft, verzerren die Anreizstruktur und leisten Fehlinvestitionen und Fehlanpassungen Vorschub.

2. Somit geht die deutsche Wirtschaft mit einer Hypothek unbewältigter Strukturprobleme in die neunziger Jahre. Die Situation ist jener von vor einem Jahrzehnt nicht unähnlich, als die Strukturberichterstattung begann. Damals stand die deutsche Wirtschaft unter scharfem Anpassungsdruck, der größtenteils herrührte von den spektakulären Energiepreisteigerungen, der raschen Ausbreitung der Mikroelektronik und anderer neuer Schlüsseltechnologien sowie von der fühlbaren Intensivierung des internationalen Wettbewerbs mit Japan und den ostasiatischen Schwellenländern als Triebkräften. Zumindest die durch den technischen Fortschritt und den Außenhandel bedingten Anpassungserfordernisse bestehen, wie im Dritten Strukturbericht dargelegt, weiter fort. Sie

haben eher noch an Gewicht gewonnen - wegen der Eigendynamik, die den neuen Basistechnologien innewohnt, wegen des internationalen Innovationswettlaufs, an dem sich neben den Industrieländern nunmehr auch Schwellenländer beteiligen, und wegen der exportorientierten Industrialisierung, die in der Dritten Welt betrieben wird. Hinzugekommen sind der Schrumpfungsprozess in der Bevölkerungsentwicklung und das steigende Umweltbewußtsein mit seinen vielfältigen Facetten. Betroffen sind nicht nur einzelne Branchen (etwa das Baugewerbe, das Verkehrswesen, die Chemische Industrie oder der Kernkraftwerksbau), sondern das gesamte Wirtschaftsgefüge. Diese Veränderungen werden andauern, und damit wird sich auch die Faktorallokation wandeln, inter- und intrasektoral ebenso wie inter- und intraregional.

3. Als die Bundesregierung Mitte der siebziger Jahre den Aufbau einer Strukturberichterstattung ankündigte, spielten die strukturellen, vor allem angebotsseitigen Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei den Unternehmen und den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen noch eine untergeordnete Rolle. Selbst die einige Jahre zuvor von Gewerkschaftskreisen entfachte Diskussion um das Für und Wider einer staatlichen Investitionslenkung kreiste weniger um Probleme des Strukturwandels als um die Frage, wie kumulative Abschwungprozesse und die damit verbundene Gefährdung des Vollbeschäftigungsziels zu verhindern seien. Für die deutsche Wirtschaftswissenschaft war die Strukturforschung noch eine sehr junge Disziplin (die freilich am Institut für Weltwirtschaft in jenen Jahren schon einen hohen Stellenwert hatte (1)). Die Angebotsbedingungen galten als in Ordnung (was sie freilich nicht waren), und die wissenschaftliche Politikberatung, die der Institute eingeschlossen, zielte im wesentlichen darauf ab, geeignete Konzepte zur Bekämpfung von Störungen auf der Nachfrageseite in die Diskussion einzubringen. Dies hat sich, nicht zuletzt dank der Strukturberichterstattung, grundlegend geändert.

4. Heute ist bekannt, daß das Wachstumstempo und der Beschäftigungsgrad in der Wirtschaft nicht allein und nicht einmal in erster Linie vom Niveau und von

(1) Vgl. die Übersicht bei Giersch [1983]. Zu den grundlegenden Arbeiten zählen Fels, Schatz, Wolter [1970; 1971]; Donges, Fels, Neu u.a. [1973]; Schatz [1974]; Fels, Schatz [1974].

der Entwicklung der effektiven Gesamtnachfrage bestimmt werden. Wenn Produktion und Beschäftigung auf Dauer hinter dem zurückbleiben, was wirtschafts- und sozialpolitisch erwünscht und vom Produktionspotential her möglich ist, und wenn die regionalen Ungleichgewichte ständig zunehmen, und zwar trotz eines breitgefächerten staatlichen Förderungsinstrumentariums, das auf mehr Ausgewogenheit zielt, dann müssen die Ursachen in Störungen auf der Angebotsseite der Wirtschaft liegen. Zu nennen sind hier vor allem Verzerrungen der relativen Preise auf den Güter- und Faktormärkten - in der Regel das Ergebnis überhöhter Ansprüche der Marktteilnehmer (den Staat eingeschlossen) an das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis.

5. Bedeutsam ist ferner, und auch das hat die Strukturberichterstattung offengelegt, daß gerade in struktureller Hinsicht Ursachen und Wirkungen zeitlich oftmals weit auseinander liegen. Viele Wachstums- und Beschäftigungsprobleme von heute haben ihre Wurzeln in Fehlern in der Vergangenheit - auch und gerade in Versäumnissen und falschen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik. Diese haben einen Anpassungsstau bewirkt, mit zunehmender Tendenz.

6. Daraus ergeben sich wichtige Erkenntnisse für alle Marktteilnehmer und für alle wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen zugleich:

- Für die Marktteilnehmer ist Strukturanpassung kein einmaliger Akt. Strukturanpassung muß ständig geleistet werden, nicht um ihrer selbst willen, sondern um in einem sich verändernden Umfeld bestehen zu können - von den Unternehmen, denen in- und ausländische Anbieter Marktanteile streitig machen, ebenso wie von den Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze bedroht sind. Anpassung an strukturelle Veränderungen ist nicht nur das Problem einiger weniger Branchen. Die Aufgabe stellt sich beinahe überall, heute mehr noch als früher. Es gibt kaum noch "problemlose" Märkte, d.h. solche, auf denen sich ohne Anstrengungen ein großes Nachfragepotential ausschöpfen läßt und die zudem frei sind von lästiger Konkurrenz.
- Die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen, die dem Ziel eines angemessenen und stetigen Wachstums bei hohem Beschäftigungsgrad verpflichtet sind, werden dabei als Angebotspolitiker gefordert, auch wenn es populärer ist, Nachfragepolitik zu betreiben. Das bedeutet zweierlei: Zum einen müssen sie die Bedingungen dafür schaffen, daß die Wirtschaft auf mikroöko-

nomischer Ebene flexibel ist; sie dürfen sich deshalb auch nicht durch ein zeitweilig günstiges Konjunkturbild zur Selbstzufriedenheit verleiten lassen. Zum anderen müssen sie bei ihren Aktionen den Blick weit in die Zukunft richten und einen langen Atem haben, trotz der Versuchung, die unter der Optik politischer Opportunität im umtriebigen Handeln liegen mag.

Anforderungen an die empirische Strukturanalyse

7. Weil die strukturelle oder angebotsseitige Dimension der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sehr komplex ist, muß die Strukturberichterstattung, wenn sie als nützliches Diagnoseinstrument Verwendung finden sollte, von der Fragestellung her breit angelegt werden, wirtschaftstheoretisch fundiert sein und zu den Kernproblemen empirisch abgesicherte Antworten geben:

- Das Untersuchungsspektrum reicht von den Formen und Ursachen des Strukturwandels über die wechselseitigen Beziehungen zwischen strukturellen Veränderungen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis hin zu den strukturellen Wirkungen staatlicher Interventionen, administrativer Regulierungen sowie gesetzlicher Vorschriften und gerichtlicher Entscheidungen.
- Die theoretischen Grundlagen bilden, soweit es die Analysen des Instituts für Weltwirtschaft betrifft, die (neo)klassische Wirtschaftstheorie, insbesondere die Produktionstheorie, die Arbeitsmarkt- und die Kapitalmarkttheorie, die Wettbewerbstheorie sowie die Standort- und die Außenhandelstheorie. Wir halten das (neo)klassische Paradigma vor allem deshalb für geeignet, weil es beim Strukturwandel letztlich um die Bewältigung des Allokationsproblems geht und hierbei in einer marktwirtschaftlichen Ordnung dem Preismechanismus eine Schlüsselrolle zukommt.
- Die empirischen Antworten zu den anstehenden Problemen beruhen auf den Ergebnissen von Hypothesentests. Die (falsifizierbaren) Hypothesen wiederum sind systematisch abgeleitet aus dem erwähnten Netz ökonomischer Theorien. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die Analyse der jeweiligen Fragestellungen, die Interpretation der erzielten quantitativen Ergebnisse und die Folgerungen für die Wirtschaftspolitik innerhalb eines kohärenten

Rahmens stattfinden. Nach unserem Dafürhalten helfen Strukturberichte "aus einem Guß" mit empirisch gehaltvollen Aussagen in der öffentlichen Diskussion und in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen weiter als Einzelfallbeschreibungen.

8. In der Öffentlichkeit, bei der Bundesregierung und im Bundestag, bei den Ländern, in Unternehmens- und Gewerkschaftskreisen, aber auch in der Fachwelt gehen die Auffassungen darüber auseinander, ob die Strukturberichterstattung die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Neben Zustimmung gibt es auch Kritik und Vorbehalte, sei es, weil Wunschvorstellungen (etwa über die staatliche Steuerung des Strukturwandels) enttäuscht wurden, sei es, weil tiefsitzende Sorgen (hinsichtlich der schrittweisen Aushöhlung der marktwirtschaftlichen Ordnung) nicht zerstreut werden konnten, sei es, weil ein methodologisches Unbehagen (wegen des so empfundenen "naiven Empirismus") fortbesteht. Der eigentliche Test für den wirtschaftspolitischen Nutzen der Strukturberichterstattung ist freilich, ob sie rechtzeitig bereits entstandene und sich anbahnende strukturelle Anpassungserfordernisse aufgedeckt hat, ob sie Hinweise gegeben hat, wie diesen Erfordernissen am besten Rechnung zu tragen ist, und ob sie darauf aufmerksam gemacht hat, daß verschleppte Anpassungen die zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik gefährden. Zehn Jahre Strukturberichterstattung bilden einen guten Anlaß, auf diese Fragen einzugehen.

Zur Drei-Sektoren-Hypothese

9. In der ersten Berichtsrunde (1978-1980) haben wir herauszuarbeiten versucht, daß es Regelmäßigkeiten im Prozeß des strukturellen Wandels gibt. Solche Regelmäßigkeiten lassen sich beispielsweise mit der Drei-Sektoren-Hypothese beschreiben. Die Kernaussage ist, daß in einem hochentwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland im wirtschaftlichen Wachstum der Dienstleistungssektor an Gewicht gewinnt (gemessen an der Wertschöpfung, an der Anzahl der Beschäftigten und am Kapitaleinsatz), während Landwirtschaft, Bergbau und Industrie an Boden verlieren. Dabei liegen die zukunftsträchtigen Betätigungsfelder dort, wo zielstrebig Forschungs- und Entwicklungsarbeiten

durchgeführt und hochqualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt werden und wo außerdem der Rohstoff- und Energiebedarf vergleichsweise gering ist [Breithaupt et al., 1979; Fels, Schmidt et al., 1981]. Was theoretisch denkbar ist, nämlich Wachstum ohne Strukturwandel, findet in der Wirklichkeit nicht statt: So wachsen weder die Bevölkerung, das Arbeitskräftepotential, der Sach- und Humankapitalstock und die genutzte Bodenfläche auf Dauer mit der gleichen Rate, noch ist die Technik konstant, noch sind die Einkommenselastizitäten der Nachfrage in ihren einzelnen Komponenten gleich Eins.

10. Mittlerweile wird das Drei-Sektoren-Schema als ein Referenzmodell für den wachstumsbedingten und den wachstumsnotwendigen Strukturwandel weitgehend anerkannt. Die Hauptrichtung des Strukturwandels verläuft in der Bundesrepublik, wie in anderen fortgeschrittenen Industrieländern, von der Waren- zur Dienstleistungsproduktion. Immer mehr arbeitende Menschen üben Dienstleistungsfunktionen aus, auch innerhalb des industriellen Sektors. Die Tertiarisierung der Produktion erstreckt sich freilich nicht gleichmäßig auf alle Bereiche. Sie begünstigt vor allem wissensintensive Produktionen. Das bedeutet: Die Innovationskraft der Unternehmen, die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Ausstattung der Arbeitsplätze mit modernen Technologien bestimmen maßgeblich die Zukunft einer Branche an einem Hochlohnstandort wie dem deutschen. Die ständige Verbesserung des Produktionssortiments (in Richtung auf einkommenselastische statt auf preiselastische Güter) und der Faktorausstattung (in Richtung auf humankapitalintensive statt auf sachkapitalintensive Produktionen) wird damit zum Maßstab für eine erfolgreiche Anpassung.

11. Natürlich verläuft der Strukturwandel nicht schablonenhaft. Uns ist klar, daß es sich bei den aufgezeigten Regelmäßigkeiten um Aussagen handelt, die nur eine raum- und zeitbedingte Gültigkeit beanspruchen können (Gesetzmäßigkeiten, wie sie die Naturwissenschaften kennen, vermag die Wirtschaftswissenschaft ohnehin nicht zu beschreiben). Uns ist auch klar, daß in einem marktwirtschaftlichen System die Zukunft grundsätzlich offen ist und damit in bezug auf Tempo und Richtung des künftigen Strukturwandels die Ungewißheit im Detail bleibt. Aber wir haben, aufbauend auf dem Ersten Strukturbericht, immer wieder deutlich machen können [zuletzt in Donges et al., 1986], daß es eine Illusion ist zu glauben, die strukturelle Entwicklung könne auf Dauer an

dem erwähnten Grundmuster vorbei gesteuert werden, ohne gesamtwirtschaftliche Kosten zu verursachen.

12. Der Staat kann durch sektorspezifische Protektionsmaßnahmen, Subventionen und Regulierungen den Strukturwandel zwar verzögern; je "wirksamer" er dies aber tut, um so schmerzlicher wird es für die Betroffenen und die Gesamtwirtschaft, wenn die Stunde der Wahrheit schlägt, wenn also die Marktkräfte doch die Oberhand gewinnen. Dann erweisen sich auch unter einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten viele der früher getätigten Investitionen als das, was sie gesamtwirtschaftlich von Anfang an waren: Fehlinvestitionen. Die Probleme, die seit langem auf der Landwirtschaft, dem Steinkohlenbergbau, der Stahlindustrie, den Werften, dem Wohnungsbau oder dem Verkehrswesen lasten, gegenwärtig noch mehr als früher, waren bereits in den Analysen der ersten Berichtsrunde thematisiert worden. Damals hatten wir vor der Gefahr gewarnt, daß der Staat mit den gewählten Politikmaßnahmen die verkrusteten Strukturen nicht aufbrechen würde, daß die Flexibilität der Wirtschaft leiden müsse und daß ein Wachstums- und Beschäftigungsstau ins Haus stünde [Fels, Schmidt et al., 1981]. Diese Warnungen wurden vielfach in den Wind geschlagen. So sind auch unsere Vorschläge für eine an den Erfordernissen des Strukturwandels orientierte Wirtschaftspolitik, insbesondere in bezug auf einen Subventionsabbau, nicht aufgegriffen worden.

Ungelöste Strukturprobleme trotz Konjunkturaufschwung

13. Die zweite Berichtsrunde (1981-1983) fiel in eine Zeit, in der die deutsche Wirtschaft zunächst in eine tiefe Rezession geraten war. Auch damals dominierte die Auffassung, die Krise sei primär ein konjunkturzyklisches, aus Nachfragemangel herrührendes Phänomen, das sich verschärft habe, weil zahlreiche Industrieländer im Gleichschritt eine entschlossene Anti-Inflationspolitik betrieben hätten. Zu diesem Bild einer vorübergehenden Nachfrageschwäche paßte, daß sich die Konjunktur Ende 1982 wieder zu beleben begann, nicht zuletzt dank einer auf Nachfragestimulierung ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik.

14. In unserem Zweiten Strukturbericht machten wir jedoch darauf aufmerksam, daß diese Diagnose, so plausibel sie auch vielen schien, unvollständig war. Welche Ursache auch immer die Rezession Anfang der achtziger Jahre gehabt haben mag, es hatten sich auch die Angebotsbedingungen weiter verschlechtert, oder, wie es in unserem Bericht unter dem Titel "Im Anpassungsprozeß zurückgeworfen" hieß: "Die Anpassungsstörungen aus den frühen siebziger Jahren haben sich mittlerweile zu einer Dauerkrise ausgeweitet, aus der die deutsche Wirtschaft offensichtlich nur mit großen Anstrengungen herausfinden kann." [Schmidt et al., 1984, S. 11]. "Wenn die deutsche Wirtschaft im ganzen derzeit schlechter dasteht als nach der Rezession von 1974/75, so hängt das damit zusammen, daß sich inzwischen zu den ungelösten alten Problemen eine Reihe neuer hinzugesellten ... Strukturschwächen sind heute nicht mehr das Problem einzelner Branchen, sondern sie zeigen sich mehr oder weniger überall ... Der Strukturwandel vollzieht sich immer weniger zwischen schrumpfenden und wachsenden Branchen, sondern zwischen schrumpfenden und wachsenden Unternehmen innerhalb der einzelnen Branchen." [ibid., S. 13].

15. Was uns damals im Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft besonders große Sorgen bereitete, war der langjährige Investitionsattentismus, der die Produktionsanlagen zunehmend veralten ließ, mit der Folge,

- daß der Produktivitätsfortschritt im Trend deutlich langsamer geworden war [Klodt, 1984];
- daß mehr und mehr Unternehmen Schwierigkeiten bekamen, sich im internationalen Wettbewerb, den Innovationswettbewerb eingeschlossen, zu behaupten [Horn, 1983];
- daß eine (rechnerische) Arbeitsplatzlücke von über zwei Millionen entstanden war und die Tendenz nach oben zeigte [Schmidt, 1984].

16. Doch weil diese Aussagen und die sie stützenden empirischen Untersuchungen zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurden, in dem die Konjunktur wieder anzog, fanden sie in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte nicht die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührte. Der Konjunkturaufschwung lenkte von den langfristigen Strukturproblemen ab; das Insistieren auf strukturellen Fehlentwicklungen galt in manchen Kreisen als deplaziert. Wir mußten diesen Fehl-

entwicklungen jedoch in der dritten Berichtsrunde (1984-1987) weiter nachgehen. Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen:

- Wir hatten herausgefunden, daß es mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen bei neuartigen, forschungs- und technologieintensiven Gütern nicht zum besten bestellt sei [Schmidt et al., 1984]. Dadurch glaubten sich manche der Betroffenen in ihren Exportinteressen geschädigt. Statt sich mit dem Problem ernsthaft zu befassen, lenkten viele die Aufmerksamkeit auf Nebenschauplätze, etwa auf die Frage, ob der Hochtechnologiebereich richtig definiert oder ob statistisch einwandfrei gemessen worden sei. Durch den Exportboom in den Jahren 1984-1985 fühlten sich unsere Kritiker bestätigt. Daß die Exporterfolge den Rückenwind einer kräftigen realen Abwertung der D-Mark hatten und insoweit mit Realeinkommenseinbußen im Inland einhergingen, geriet schnell aus dem Blickfeld. Doch die Ernüchterung kam mit dem Sturz des Dollarkurses. Wie im Zwischenbericht der dritten Berichtsrunde [Schmidt et al., 1986] und im Dritten Hauptbericht [Donges, Schmidt et al., 1988] dargelegt wurde, ist der Exportboom nicht in der notwendigen Breite zu vermehrten Investitionen und Innovationen genutzt worden; dies wäre aber nötig gewesen, um die Stellung der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb, unabhängig von der Wechselkursentwicklung, nachhaltig zu stärken [Donges, 1985]. Klagen darüber, daß man sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz schwer tue, sind nun wieder allenthalben zu hören.
- Das andere Beispiel betrifft den Arbeitsmarkt. Wir hatten deutlich gemacht, daß von einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung allein keine durchgreifende Lösung des Arbeitslosenproblems erwartet werden könnte [Schmidt et al., 1984]. Die Beschäftigungsmöglichkeiten müßten und könnten im Strukturwandel gemehrt werden, doch hierfür hielten wir es für unabdingbar, daß die Subventionen für unrentable Arbeitsplätze abgebaut und statt dessen Bedingungen für die Schaffung von neuen, rentablen Arbeitsplätzen hergestellt würden. Der Lohnpolitik wiesen wir eine Schlüsselrolle zu, weil sie einen maßgeblichen Einfluß auf das allgemeine Reallohniveau, auf die interpersonellen, intersektoralen und interregionalen Lohnrelationen und auf das Preisverhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Energie und Umwelt hat. Außerdem sahen und sehen wir in den Löhnen Kosten, und damit hat es die Lohnpolitik in der Hand, darüber mitzubestimmen, wieviel

Produktion und wieviel Kapazitätserweiterung von der Kostenseite her rentabel sind. Dieser Position wurde vor allem aus Gewerkschaftskreisen entgegengehalten, daß die Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt sei und deshalb durch staatliche Beschäftigungsprogramme bekämpft werden müsse. Inzwischen habe sie sich zu einer Dauerarbeitslosigkeit ausgewachsen. Hinzu komme, daß die neuen Technologien und die Wandlungen in der internationalen Arbeitsteilung mehr Arbeitsplätze vernichteten als sie schufen, und dies in einer Zeit, in der aus demographischen Gründen die Nachfrage nach Arbeitsplätzen kräftig expandiere (weshalb das Arbeitsplatzangebot durch Arbeitszeitverkürzungen rationiert werden müsse). Wer dieser Sicht der Dinge anhängt, kommt allerdings nicht daran vorbei, daß trotz eines mehrjährigen Konjunkturaufschwungs und der erwähnten beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Problemdruck auf dem Arbeitsmarkt stark geblieben ist. Dies deutet darauf hin, daß es nach wie vor gewichtige Hemmnisse im Anpassungsprozeß gibt, vor allem Hemmnisse in der Anpassung bei den Löhnen. Die in Kiel formulierte These von der "Eurosclerose" hat hierin ihre wichtigste Stütze [Giersch, 1985]. Wir haben im Dritten Hauptbericht erneut darauf hingewiesen [Donges, Schmidt et al., 1988, Ziff. 112 ff., 121 ff.].

Über das Beschäftigungsproblem

17. Die Kieler Position zum Beschäftigungsproblem hat mancherorts Skepsis ausgelöst und Widerspruch hervorgerufen. Sie ist mitunter auch mißverstanden, wenn nicht gar falsch interpretiert worden. Es erscheint deshalb angebracht, kurz den Erkenntnisstand zusammenzufassen, wie er sich aus unserer Strukturberichterstattung ablesen läßt. Wir haben vor allem auf zweierlei hingewiesen:

- 1) Der nachhaltige Beschäftigungseinbruch Mitte der siebziger Jahre und die anschließende Dauerarbeitslosigkeit beruhen zu einem wesentlichen Teil auf überhöhten Reallöhnen und Verzerrungen in der Lohnstruktur (Ziff. 18).
- 2) Eine fehlgerichtete Finanz-, Struktur- und Bildungspolitik, d.h. ungünstige allgemeine Rahmenbedingungen für die Bildung von Sach- und Humankapi-

tal, haben indirekt zu der unbefriedigenden Beschäftigungslage beigetragen (Ziff. 19).

18. Dem Lohnkostenargument liegen unter anderem folgende Befunde zugrunde:

- Das Reallohniveau ist in den siebziger Jahren stärker gestiegen als der (beschäftigungsneutrale) Produktivitätsfortschritt und auch stärker als der Realzins. Arbeitsplätze sind vor allem in jenen Branchen erhalten worden oder neu entstanden, in denen die Reallöhne langsamer stiegen als die Produktivität [Schmidt et al., 1984; Klodt, 1986].
- Angesichts der Terms-of-trade-Verschlechterung im Gefolge zweimaliger Ölpreisexplosionen, also wegen der Einengung des Verteilungsspielraums, hätte die Reallohnentwicklung hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen, um die Vollbeschäftigung zu erhalten [Roth, 1982; Heitger, 1984].
- Ungelernte Arbeitskräfte sind durch die Importkonkurrenz aus Niedriglohnländern stärker bedroht als qualifizierte Fachkräfte; sie sind auch leichter durch Sachkapital (Maschinen) zu ersetzen. Hieraus ergibt sich ein wachsender Bedarf an Lohndifferenzierung. Ihm ist bis heute nicht ausreichend Rechnung getragen worden, die Lohnstrukturen sind seit langem nahezu unverändert geblieben [Breithaupt et al., 1979; Breithaupt, Soltwedel, 1980; Schmidt et al., 1984; Gundlach, 1986]. Als Alternative zur Arbeitslosigkeit bietet sich für ungelernte Kräfte häufig eine Tätigkeit in der Schattenwirtschaft an, in der die Löhne niedriger sind [Langfeldt, 1984].
- Nicht nur unzureichend qualifizierte, sondern auch fehlqualifizierte Arbeitnehmer (vom Facharbeiter bis zum Hochschulabsolventen) tragen an einem überdurchschnittlich hohen Arbeitsplatzrisiko. Auch für diese sind zu hohe Einkommensansprüche das Problem [Schmidt, 1984].

19. Bei dem Argument von den beschäftigungspolitisch ungünstigen Rahmenbedingungen geht es vor allem um die folgenden Tatbestände:

- Eine Welle von Unternehmensgründungen, in deren Sog die Arbeitsplatzlücke hätte erheblich verringert werden können, wie etwa in den Vereinigten Staaten [Gundlach, Schmidt, 1985], hat es hierzulande nicht gegeben. Begrenzt geblieben ist auch die Neigung von Arbeitslosen, sich selbständig zu machen. Ein wichtiger Grund ist der vergleichsweise unterentwickelte Risiko-

- kapitalmarkt in der Bundesrepublik in Verbindung mit einer im Steuerrecht angelegten systematischen Benachteiligung der Eigenkapitalbildung [Weichert, 1987]. Ein anderer wichtiger Grund sind überzogene staatliche Regulierungen, die wie Marktzugangsbarrieren wirken. Insbesondere der Dienstleistungssektor wird in seinen Expansionsmöglichkeiten behindert, und er absorbiert bei weitem nicht die Arbeitskräfte, die im Zuge des Strukturwandels von der Landwirtschaft, der Industrie und dem Baugewerbe freigesetzt werden [Fels, Schmidt et al., 1981; Schmidt et al., 1984].
- Regulierungen greifen auch direkt in den Arbeitsmarkt ein. Die in den Tarifverträgen zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Löhne sind de jure oder de facto Mindestlöhne. Dies bringt Arbeitsuchende um die Chance, sich durch Lohnzurückhaltung einen Arbeitsplatz zu sichern, der unter den Tarifvertragsbedingungen nicht rentabel wäre. Außerdem entsteht ein (weiteres) Hemmnis für die Gründung neuer, beschäftigungsintensiver Unternehmen, weil diese von Anfang an gleich hohe Arbeitskosten tragen müssen wie die im Markt etablierten [Schatz, 1984; Soltwedel, Trapp, 1988].
 - Staatliche Subventionen kommen überwiegend den strukturschwachen Branchen zugute, und sie wirken wie eine Zusatzsteuer auf die wachstumsträchtigen Bereiche [Schmidt et al., 1984]. Die Produktion ist insgesamt gesehen kapitalintensiver, als sie es ohne oder mit weniger Subventionen wäre, und der Wachstumspfad verläuft flacher. Per Saldo werden nicht Arbeitsplätze erhalten, sondern vernichtet [Gerken et al., 1985]. Wie im Dritten Strukturbericht dargelegt, gilt dies auch in bezug auf selektive außenhandelspolitische Maßnahmen [Donges, Schmidt et al., 1988, Ziff. 188 ff.].
 - Es gibt aber auch das Problem, Arbeitsplätze optimal zu besetzen. Es fehlen Arbeitskräfte, die die benötigten Qualifikationen haben oder die beruflich flexibel sind, um diese rasch zu erwerben. Eine zentrale Ursache dafür liegt in der Bildungspolitik. Sie hat sich seit den sechziger Jahren zum vorrangigen Ziel gesetzt, möglichst vielen jungen Menschen irgendeine Ausbildung zu vermitteln, sei es durch Erlernen eines Berufes, sei es durch ein Studium (oder beides). Auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes wurde jedoch nur wenig Rücksicht genommen. Bildungschancen wurden, im Gegenteil, mit Beschäftigungschancen gleichgesetzt. Das Ergebnis ist ein Nebeneinander von Facharbeitermangel und Facharbeiterüberschuß, von einem Akademikerdefizit in den meisten natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereichen und einer

Akademikerschwemme auf dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Gebiet - kurzum eine weitreichende Fehlallokation von Humankapital [Schmidt, 1984; 1987].

20. Daß unsere Analysen zum Beschäftigungsproblem differenzierter sind, als es Kritiker häufig behaupten, zeigt sich auch darin, daß wir uns in der zweiten und dritten Berichtsrunde verstärkt mit den Beschäftigungswirkungen der neuen Steuerungs-, Informations- und Kommunikationstechnologien befaßt haben. Noch immer steht die Behauptung im Raum, daß diese Technologien mehr Arbeitsplätze vernichteten als sie schufen und daß folglich ein rascher Produktivitätsfortschritt arbeitsmarktpolitisch bedenklich sei. In sektoral disaggregierten Analysen zeigen die Strukturberichte jedoch, daß vor allem jene Branchen für zusätzliche Arbeitsplätze gesorgt haben, bei denen der technische Wandel besonders ausgeprägt ist und die einen überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritt realisieren. Die Krisenbranchen dagegen, die am meisten Arbeitskräfte freigesetzt haben, hinken beim Produktivitätsfortschritt durchweg hinterher [Schmidt et al., 1984; Schmidt, 1984]. Vorteilhaft für die Beschäftigung ist außerdem, daß die neuen Technologien teilweise kapitalsparend sind. Neue Arbeitsplätze zu schaffen, erfordert häufig einen geringeren Investitionsaufwand als bestehende Arbeitsplätze zu erhalten. Dabei ist auch der Spielraum für eine Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit in den Unternehmen größer geworden, so daß sich die vorhandenen Sachkapazitäten besser nutzen lassen [Schmidt et al., 1986]. In einer Schwerpunktstudie zum Dritten Hauptbericht wird gezeigt, welche Arbeitsplatzreserven die deutsche Wirtschaft im Falle einer Verlängerung der Maschinenlaufzeiten mobilisieren könnte: Entsprechen die Kapitalnutzungszeiten derzeit denen des Jahres 1960, so könnten, rein rechnerisch, 1,5 Millionen Arbeitsplätze ohne zusätzlichen Investitionsaufwand geschaffen werden [Schmidt, Gundlach, 1987, Ziff. 109 ff.].

Andere Problemfelder

21. Die Beschäftigungsprobleme hatten und haben in unseren Berichten ein großes Gewicht - der Bedeutung der Fehlentwicklungen in diesem Bereich ent-

sprechend. Sie bilden aber nicht das allein beherrschende Thema. Es sind stets auch andere wichtige Aspekte des Strukturwandels in die Analyse einbezogen worden, wobei die Akzente jeweils dort gesetzt wurden, wo Anpassungsprobleme gerade drückten, wo künftige lauerten und wo wirtschaftspolitisches Fehlverhalten vorlag oder zu befürchten ist.

22. Dabei mußte auch manches "heiße Eisen" angepackt werden. Hierzu zählt der Nachweis,

- daß der staatliche Sektor, vor allem wegen der Expansion im Bildungs- und Sozialbereich, mittlerweile zur Wachstumsbremse geworden war [Knoll, Schatz, 1983; Schmidt et al., 1984];
- daß die staatlichen Subventionen sehr viel höher sind, als die Subventionsberichte der Bundesregierung und die sonstigen amtlichen Statistiken ausweisen [Jüttemeier, 1984; 1987];
- daß nicht der fortwährende Subventionsanstieg, sondern ein durchgreifender Subventionsabbau zu mehr Beschäftigung führt [Gerken et al., 1985], was übrigens auch in bezug auf Protektionsmaßnahmen im Außenhandel zutrifft [Donges, Glismann, 1987; Donges, Schmidt et al., 1988, Ziff. 188 ff.];
- daß die staatliche Förderung von sogenannten zukunftssträchtigen Aktivitäten, insbesondere die direkte Förderung von marktnahen Großprojekten, mehr Schaden anrichtet als Nutzen stiftet und daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit von forschungs- und technologieintensiven Unternehmen auf diese Weise nicht zu sichern ist [Klodt, 1987];
- daß die Bundesrepublik die aus der Mitgliedschaft in der EG erzielbaren Wohlfahrtsgewinne bei weitem nicht ausschöpft, insbesondere nicht in der Landwirtschaft (wegen der von der Gemeinsamen Agrarpolitik bewirkten Allokations- und Wettbewerbsverzerrungen) und bei den Dienstleistungen (wegen der vielen nationalen Regulierungen) [Dicke et al., 1987];
- daß verstärkte Umweltschutzmaßnahmen nicht unbedingt zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme beitragen [Donges, Schmidt et al., 1988, Ziff. 163 f.].

Andere Meinungen

23. Manches von alledem ist zwischen den fünf an der Strukturberichterstattung beteiligten Wirtschaftsforschungsinstituten kontrovers geblieben. Aus der Sicht des Instituts für Weltwirtschaft gibt es größere Diskrepanzen mit

- dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: Dort hält man z.B. den Zusammenhang zwischen Reallohniveau und Beschäftigungsgrad für sehr lose; bei im Vergleich zum Ausland überhöhten Arbeitskosten wird auch keine Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen befürchtet, weil Wechselkurskorrekturen angeblich für eine Neutralisierung sorgen;
- dem Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung: Dort gilt z.B. eine größere Lohn-differenzierung als Hemmnis für den Strukturwandel; in der Außenwirtschaftspolitik wird in der Abschottung der EG gegenüber Japan in Verbindung mit einer verstärkten Marktöffnung gegenüber Entwicklungsländern eine Strategie zur Sicherung der Realeinkommen gesehen;
- dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung: Dort wird etwa die Auffassung vertreten, daß der Staat die Dienstleistungsbereiche überwiegend begünstigt und das Verarbeitende Gewerbe belastet hat, der "Prozeß der Entindustrialisierung" somit im wesentlichen nur den Einfluß sowohl ungünstiger makroökonomischer Rahmendaten als auch verfehlter staatlicher Prozeßinterventionen widerspiegelt.

24. Sachliche Diskrepanzen sind in der Forschung nichts Außergewöhnliches. Sie bringen zum Ausdruck, daß es bei Strukturanalysen, wie anderswo auch, ein weites Spektrum wirtschaftstheoretischer Optionen und methodischer Konzeptionen gibt. Dies ist keine Schwäche der Strukturberichterstattung, sondern macht ihre Stärke aus. So wie der Wettbewerb eine wichtige Triebfeder für den Produktivitätsfortschritt und für technologische Innovationen in der Wirtschaft ist, bringt der Wettbewerb in der Strukturforschung unser aller Wissen über die mikroökonomischen Grundlagen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung voran. Die Alternative - eine Kartelllösung, bei der die Institute eine durch Kompromisse zustande gekommene Gemeinschaftsanalyse vorlegen - hätte diese Wirkung nicht. Natürlich haben es die Öffentlichkeit und die wirtschafts-

politisch Verantwortlichen mit Strukturberichten schwerer, wenn diese sich zum Teil widersprechende Aussagen enthalten. Mancher mag dann versucht sein, das Ganze als akademische Übung mit geringem praktischem Nutzen abzutun. So gering ist aber der Nutzen gar nicht, vorausgesetzt, Politiker und Interessengruppen begreifen die Strukturanalysen als das, was sie sind und nur sein können: wissenschaftlich fundierte Beiträge zur wirtschaftspolitischen Urteilsbildung, nicht aber Handlungsanweisung für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Wie im wirtschaftlichen Geschehen gilt es auch in der wissenschaftlichen Politikberatung, das Prinzip der Arbeitsteilung zu beachten und die sich daraus ergebenden Vorteile wahrzunehmen.

Ausblick

25. Diesem Prinzip der Arbeitsteilung entsprechend stellt die Strukturberichterstattung auch eine Offerte an die staatlichen Instanzen dar. Ob die Offerte angenommen wird, hängt letztlich nicht von uns ab. Da die Ergebnisse veröffentlicht werden, kann jedoch zumindest darüber öffentlich diskutiert werden. Dies geschieht auch.

26. Für diese Diskussion haben die Strukturberichte, und zwar die der fünf Institute gemeinsam, wichtige Akzente gesetzt [BMW, 1987]. Wenn heute in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzungen über Deregulierung und Subventionsabbau, die beiden größten Herausforderungen für eine Wirtschaftspolitik, die sich mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung zum Ziel setzt, viel sachlicher sind als noch vor zehn Jahren, ist dies nicht zuletzt den Strukturberichten zu verdanken. Bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen (z.B. der OECD oder der Weltbank) werden die Strukturberichte aufmerksam gelesen und für eigene Überlegungen genutzt. Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft findet die Strukturberichterstattung ebenfalls große Beachtung; einmütig haben sich der DGB und der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) unlängst für ihre Fortsetzung ausgesprochen. Unüberschaubar ist inzwischen die wissenschaftliche Literatur, die auf die Berichte Bezug nimmt. Die

Strukturberichterstattung hat darüber hinaus dazu beigetragen, daß das amtliche statistische Instrumentarium erweitert wurde [Dorow, 1987] - eine wichtige Bedingung für eine rationale Wirtschaftspolitik. All dies läßt hoffen, daß auch in Zukunft mit der Strukturberichterstattung dem Informationsbedarf von Parlament, Regierung, Sozialpartnern und den Marktteilnehmern insgesamt Rechnung getragen werden kann.

ANHANG

Forschungsarbeiten des Instituts für Weltwirtschaft im Rahmen der Strukturberichterstattung in chronologischer Reihenfolge

1. Vorstudie, Zwischen- und Hauptberichte, Schwerpunktstudien

- HORN, Ernst-Jürgen, Klaus-Dieter SCHMIDT, Wolf-Dieter ZUMPFORT, Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland - Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Kiel 1977, unveröff. Manuskript.
- BREITHAUPT, Karl, Ernst-Jürgen HORN, Henning KLODT, Klaus-Peter KRIEGSMANN, Axel D. NEU, Klaus-Dieter SCHMIDT, Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Zwischenbericht zum Ersten Strukturbericht. Kiel 1979.
- FELS, Gerhard, Klaus-Dieter SCHMIDT, Karl BREITHAUPT, Hans H. GLISMANN, Ernst-Jürgen HORN, Henning KLODT, Klaus-Peter KRIEGSMANN, Axel D. NEU, Norbert SCHRAAD, Frank WOLTER, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel. Erster Hauptbericht zur Strukturberichterstattung. Kieler Studien, 166, Tübingen 1981.
- HORN, Ernst-Jürgen, Weltwirtschaftliche Herausforderung - Die deutschen Unternehmen im Anpassungsprozeß. Schwerpunktstudie zum Zweiten Strukturbericht. Kiel 1983, unveröff. Manuskript.
- KNOLL, Dieter, Klaus-Werner SCHATZ, Strukturwandel bei den Staatsausgaben. Schwerpunktstudie zum Zweiten Strukturbericht. Kiel 1983, unveröff. Manuskript.
- JUTTEMEIER, Karl Heinz, Deutsche Subventionspolitik in Zahlen 1973-1981. Schwerpunktstudie zum Zweiten Strukturbericht. Kiel 1984.
- SCHMIDT, Klaus-Dieter, Hugo DICKE, Juergen B. DONGES, Hans H. GLISMANN, Bernhard HEITGER, Ernst-Jürgen HORN, Karl Heinz JUTTEMEIER, Henning KLODT, Dieter KNOLL, Axel D. NEU, Ronald WEICHERT, Im Anpassungsprozeß zurückgeworfen. Die deutsche Wirtschaft vor neuen Herausforderungen. Zweiter Hauptbericht zur Strukturberichterstattung. Kieler Studien, 185, Tübingen 1984.
- , Arbeitsmarkt und Bildungspolitik. Schwerpunktstudie zum Zweiten Strukturbericht. Kieler Studien, 187, Tübingen 1984.
- , Erich GUNDLACH, Henning KLODT, Im Strukturwandel vorangekommen? Zwischenbericht zum Dritten Strukturbericht. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 122, Mai 1986.
- KLODT, Henning, Wettlauf um die Zukunft. Technologiepolitik im internationalen Vergleich. Schwerpunktstudie zum Dritten Strukturbericht. Kieler Studien, 206, Tübingen 1987.

DICKE, Hugo, Adrian BOTHE, Hans BÖHME, Ernst-Jürgen HORN, Harmen LEHMENT, Eckhard KANTHACK, Henning SICHELSCHEIDT, Joachim ZIETZ, EG-Politik auf dem Prüfstand. Wirkungen auf Wachstum und Strukturwandel in der Bundesrepublik. Schwerpunktstudie zum Dritten Strukturbericht. Kieler Studien, 209, Tübingen 1987.

SCHMIDT, Klaus-Dieter, Erich GUNDLACH, Investitionen, Produktivität und Beschäftigung - Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktstudie zum Dritten Strukturbericht. Kiel 1987, unveröff. Manuskript.

DONGES, Juergen B., Klaus-Dieter SCHMIDT, Hugo DICKE, Erich GUNDLACH, Karl Heinz JUTTEMEIER, Henning KLODT, Frank D. WEISS, Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung - Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau. Dritter Hauptbericht zur Strukturberichterstattung. Kieler Studien, 216, Tübingen 1988.

2. Ausgewählte vertiefende Untersuchungen seit 1980

BREITHAUPT, Karl, Rüdiger SOLTWEDEL, "Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen der inter- und intrasektoralen Lohnstruktur". Die Weltwirtschaft, 1980, H. 1, S. 61-78.

KLODT, Henning, "Kleine und große Unternehmen im Strukturwandel - Zur Entwicklung der sektoralen Unternehmenskonzentration". Die Weltwirtschaft, 1980, H. 1, S. 79-99.

KRIEGSMANN, Klaus-Peter, "Energievertéuerung und sektoraler Strukturwandel als Determinanten des Energieverbrauchs". Die Weltwirtschaft, 1980, H. 1, S. 100-120.

SCHMIDT, Klaus-Dieter, "Potentielle Arbeitsplätze im tertiären Sektor - Eine Beschäftigungsprognose bis 1990". Die Weltwirtschaft, 1980, H. 1, S. 121-140.

--, "Das Produktivitätspotential der deutschen Wirtschaft". Die Weltwirtschaft, 1981, H. 1, S. 56-73.

KNOLL, Dieter, "Strukturwandel bei den öffentlichen Ausgaben - Auswirkungen auf die Staatsquote". Die Weltwirtschaft, 1983, H. 1, S. 95-109.

KLODT, Henning, Produktivitätsschwäche in der deutschen Wirtschaft. Kieler Studien, 186, Tübingen 1984.

--, "Deutsche Investitionsgüter auf dem Weltmarkt - Ist die Wettbewerbsfähigkeit bedroht?". Die Weltwirtschaft, 1984, H. 1, S. 64-78.

GUNDLACH, Erich, Klaus-Dieter SCHMIDT, Das amerikanische Beschäftigungswunder: Was sich daraus lernen läßt. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 109, Juli 1985.

GUNDLACH, Erich, "Gibt es genügend Lohndifferenzierung in der Bundesrepublik Deutschland?". Die Weltwirtschaft, 1986, H. 1, S. 74-88.

DONGES, Juergen B., Henning KLODT, Klaus-Dieter SCHMIDT, The West German Economy Towards the Year 2000 - An Analysis of Structural Change. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 268, September 1986.

LITERATURVERZEICHNIS

- BREITHAUPT, Karl, Rüdiger SOLTWEDEL, "Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen der inter- und intrasektoralen Lohnstruktur". Die Weltwirtschaft, 1980, H. 1, S. 61-78.
- , Ernst-Jürgen HORN, Henning KLODT, Klaus-Peter KRIEGSMANN, Axel D. NEU, Klaus-Dieter SCHMIDT, Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Kiel 1979.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (BMWi), Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft - Entwicklung des BMWi-Forschungsprojektes. Bonn 1987.
- DICKE, Hugo, Adrian BOTHE, Hans BÖHME, Ernst-Jürgen HORN, Harmen LEHMENT, Eckhard KANTHACK, Henning SICHELSCHEIDT, Joachim ZIETZ, EG-Politik auf dem Prüfstand. Wirkungen auf Wachstum und Strukturwandel in der Bundesrepublik. Kieler Studien, 209, Tübingen 1987.
- DONGES, Juergen B., Trotz des Exportbooms besteht Anpassungs- und Investitionsbedarf bei den deutschen Unternehmen. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 108, April 1985.
- , Hans. H. GLISMANN, Industrial Adjustment in Western Europe: Retrospect and Prospect. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 280, März 1987.
- , Henning KLODT, Klaus-Dieter SCHMIDT, The West German Economy Towards the Year 2000 - An Analysis of Structural Change. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 268, September 1986.
- , Gerhard FELS, Axel D. NEU u.a., Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft. Kieler Studien, 123, Tübingen 1973.
- , Klaus-Dieter SCHMIDT, Hugo DICKE, Erich GUNDLACH, Karl Heinz JÜTTEMEIER, Henning KLODT, Frank D. WEISS, Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung - Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau. Kieler Studien, 216, Tübingen 1988.
- DOROW, Frank, "Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen". Wirtschaft und Statistik, H. 10, 1987, S. 763-767.
- FELS, Gerhard, Klaus-Werner SCHATZ, "Sektorale Entwicklung und Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980". Die Weltwirtschaft, 1974, H. 1, S. 52-83.
- , --, Frank WOLTER, "Sektoraler Strukturwandel im weltwirtschaftlichen Wachstumsprozeß". Die Weltwirtschaft, 1970, H. 1, S. 49-66.
- , --, --, "Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau - Versuch einer Strukturprognose für die westdeutsche Wirtschaft". Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 106, 1971, S. 240-278.

- FELS, Gerhard, Klaus-Dieter SCHMIDT, Karl BREITHAUPT, Hans H. GLISMANN, Ernst-Jürgen HORN, Henning KLODT, Klaus-Peter KRIEGSMANN, Axel D. NEU, Norbert SCHRAAD, Frank WOLTER, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel. Kieler Studien, 166, Tübingen 1981.
- GERKEN, Egbert, Karl Heinz JUTTEMEIER, Klaus-Werner SCHATZ, Klaus-Dieter SCHMIDT, Mehr Arbeitsplätze durch Subventionsabbau. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 113/114, Oktober 1985.
- GIERSCH, Herbert, "Weltwirtschaftliche Strukturforschung in Kiel". In: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Forschung in der Bundesrepublik Deutschland - Beispiele, Kritik, Vorschläge. Bonn 1983, S. 247-255.
- , Euroclerosis. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 112, Oktober 1985.
- GUNDLACH, Erich, "Gibt es genügend Lohndifferenzierung in der Bundesrepublik Deutschland?". Die Weltwirtschaft, 1986, H. 1, S. 74-88.
- , Klaus-Dieter SCHMIDT, Das amerikanische Beschäftigungswunder: Was sich daraus lernen läßt. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 109, Juli 1985.
- HEITGER, Bernhard, "Rohstoffpreisschocks und Reallohnentwicklung - Ihr Beitrag zur Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in ausgewählten Industrieländern". Die Weltwirtschaft, 1984, H. 1, S. 34-46.
- HORN, Ernst-Jürgen, Weltwirtschaftliche Herausforderung - Die deutschen Unternehmen im Anpassungsprozeß. Kiel 1983, unveröff. Manuskript.
- JUTTEMEIER, Karl Heinz, Deutsche Subventionspolitik in Zahlen 1973-81. Kiel 1984.
- , Subsidizing the Federal German Economy - Figures and Facts, 1973-1984. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 279, Januar 1987.
- KLODT, Henning, Produktivitätsschwäche in der deutschen Wirtschaft. Kieler Studien, 186, Tübingen 1984.
- , "Lohnquote und Beschäftigung - Die Lohnlücke". Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 201, 1986, S. 480-497.
- , Wettlauf um die Zukunft. Technologiepolitik im internationalen Vergleich. Kieler Studien, 206, Tübingen 1987.
- KNOLL, Dieter, Klaus-Werner SCHATZ, Strukturwandel bei den Staatsausgaben. Kiel 1983, unveröff. Manuskript.
- LANGFELDT, Enno, Die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Kieler Studien, 191, Tübingen 1984.

- ROTH, Jürgen, Mehr Beschäftigung durch Reallohnzurückhaltung - Zum Streit zwischen kosten- und nachfrageorientierter Lohnpolitik. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 85, März 1982.
- SCHATZ, Klaus-Werner, Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich - Analysen und Prognosen. Kieler Studien, 128, Tübingen 1974.
- , Die Bedeutung kleinerer und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 103, November 1984.
- SCHMIDT, Klaus-Dieter, Arbeitsmarkt und Bildungspolitik. Kieler Studien, 187, Tübingen 1984.
- , "Bewertung der Bildungsreform unter beschäftigungspolitischen Perspektiven". In: Franz COESTER (Hrsg.), Bildung, Beruf, Beschäftigung - Zukunftsperspektiven der jungen Generation. Bad Honnef 1987.
- , Erich GUNDLACH, Investitionen, Produktivität und Beschäftigung - Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Kiel 1987, unveröff. Manuskript.
- , --, Henning KLODT, Im Strukturwandel vorangekommen? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 122, Mai 1986.
- , Hugo DICKE, Juergen B. DONGES, Hans H. GLISMANN, Bernhard HEITGER, Ernst-Jürgen HORN, Karl Heinz JÜTTEMEIER, Henning KLODT, Dieter KNOLL, Axel D. NEU, Ronald WEICHERT, Im Anpassungsprozeß zurückgeworfen. Die deutsche Wirtschaft vor neuen Herausforderungen. Kieler Studien, 185, Tübingen 1984.
- SOLTWEDEL, Rüdiger, Peter TRAPP, "Labor Market Barriers to more Employment. Causes for an Increase of the Natural Rate? The Case of West-Germany". In: Herbert GIERSCH (Ed.), Macro and Micro Policies for more Growth and Employment. Symposium 1987. Tübingen 1988, in Vorbereitung.
- WEICHERT, Ronald, Probleme des Risikokapitalmarktes in der Bundesrepublik - Ursachen, Auswirkungen, Lösungsmöglichkeiten. Kieler Studien, 213, Tübingen 1987.